

Spangenberg Zeitung.

Blatt für die Stadt Spangenberg und Umgebung. Amtsblatt für das Amtsgericht Spangenberg.

Erste Seite

wöchentlich 8 mal und gelangt Dienstag, Donnerstag und Sonnabend nachmittag für den folgenden Tag zur Ausgabe. Abonnementpreis pro Monat 1 G. Mt. frei ins Haus, einschließlich der Beilage "Wort und Bild". Durch die Postanstalten und Briefträger bezogen 1,20 Mt. Fernsprecher 27.



Anzeigen

werden die sechsgelbte 8 mm hohe (Petit)-Zeile oder deren Raum mit 15 Pfg. berechnet; auswärts 20 Pfg. Bei Wiederholung entsprechender Rabatt. Reklamen kosten pro Zeile 40 Pfg. Verantwortlichkeit für Platz, Datenvorrichtung und Beleglieferung ausgeschlossen. Zahlungen an Postkontokonto Frankfurt a. Main Nr. 2771.

Annahmehgebühr für Offerten und Anstufung beträgt 15 Pfg. Zeitungsbeilagen werden billiger berechnet.

Druck und Verlag: Buchdruckerei Hugo Munzer. Für die Schriftleitung verantwortlich: Hugo Munzer, Spangenberg.

Nr. 125.

Donnerstag, den 22. Oktober 1925.

18. Jahrgang.

Mit jedem Hauch entflieht ein Teil des Lebens, Nichts deutet Ersatz für das, was du verlorst; Drum suche früh ein würdig Ziel des Strebens; Es ist nicht deine Schuld, daß du geboren, Doch deine Schuld, wenn du gelebt vergebens.

Das neue Europa.

Daß der Vertrag von Locarno einen neuen Zeitabschnitt für Europa einleitet, ist bei vielen eine feste Überzeugung, und wir wollen uns hüten, darin eine Schwärmerie zu erblicken. Ist es doch der allgemeine Wunsch, daß endlich eine wirkliche Verständigung unter den Völkern und ihren Regierungen zustande kommt. Allerdings darf man nicht übersehen, daß dieser Wunsch seit dem Schrecken des 30-jährigen Krieges besteht, in dem das arme Deutschland der Zümmelblase der heree aller europäischen Nationen wurde. Auch um den Westfälischen Frieden (1648) lagte man, daß er eine neue Aera für Europa schaffen werde, und ein Generationen später gingen deutsche Städte am Rhein in Flammen auf. Nach den Befreiungskriegen wurde 1815 auf dem Wiener Kongreß die heilige Alliance geschaffen, aber zahlreiche kleine Kriege und nach ihnen der Kreimkrieg folgten. Dem Berliner Kongreß von 1878, der die orientalischen Angelegenheiten regeln sollte, folgte schon nach acht Jahren ein neuer Feldzug auf dem Balkan. Nach nicht zwanzig Jahre später erschlug Jar Nikolaus von Rußland sein Abrißungsmanöver, von dem alle Friedensfreunde ein Ende aller blutigen Völkerverflechte erhofften. Aber seitdem haben die Kriege kein Ende genommen, und die russische Politik tat das Gegenteil von dem, was der Jar angedeutet hatte. Auch im Weltkrieg fiel an der westlichen Grenze der erste Schuß. Und der Friede von Versailles wurde für so wenig zulänglich gehalten, daß er jetzt durch den Sicherheitspakt ergänzt werden soll.

Das seegewaltige England soll den Frieden am Rhein garantieren, aber niemand weiß, ob Großbritannien nicht einmal in eine Lage versetzt werden wird, die es ihm unmöglich macht, diese Garantie zu gewährleisten. Der Schwerpunkt der englischen Interessen liegt heute außerhalb Europas. Insbesondere drohen England in Asien schwere Gefahren. Rußland ist durch die Abspaltung der Randstaaten mehr noch als früher auf die Ausdehnung seiner Interessensphäre in Asien angewiesen. Systematisch verfolgen auch die Bolschewisten eine Politik, die darauf hinausläuft, ganz Asien gegen England zu ziehen. England kann deshalb leicht in Verwicklungen hineingezogen werden, die es ihm völlig unmöglich machen, sich in Europa festzusetzen.

Die Welt von heute hat eine gewisse Ähnlichkeit mit den Ereignissen, wie sie sich zur Zeit der Völkerwanderung darstellen, und mit den Ereignissen, die zu dieser großen historischen Aufgabe den Völkern auf und gegen einander, um den Gewinn von Eroberungen wurden die blutigen Kämpfe ausgefochten. Auch heute geht der Streit um die Nahrung, das heißt um den Absatz der industriellen Produkte. Der Wettbewerb von England und Amerika auf Deutschland war eine der wichtigsten Ursachen zum Weltkrieg, und der Wettbewerb in der Industrie wird durch den Sicherheitspakt nicht ausgeschlossen.

Raum für alle hat die Erde! So sagt der Dichter; aber in der nüchternen Praxis des Geschäftslebens stellen sich die Dinge anders dar. In der ganzen Welt wohnt heute wieder der Kampf um den besten Futterplatz, sei es nun, daß es sich um offenen Krieg handelt, oder um ein Ringen mit den Hilfsmitteln der Diplomatie: In Marokko, in Syrien, in Moskau und in China, überall sehen wir dieses Ringen. Ein neues Aera für Europa" wird unter diesen Umständen nur ein schöner Traum bleiben; denn Europa läßt sich bei diesem Kampf der Völker ums Dasein nicht ausweichen, es wird früher oder später in dieser Wirbel mit hineingezogen werden.

Der deutsche Sieg in Memel.

Eine Abgabe an die Litauer.

Die memelländischen Landtagswahlen bedeuten eine deutsche Abgabe an die Litauer, die das Memelland an Litauen ausliefern wollen, und einen überwältigenden Sieg des Deutschtums. Die Litauer haben nur ein einziges Mandat errungen. Alle anderen entfielen auf die deutschen Parteien.

Es sind insgesamt 57 466 Stimmen für die Einheitsfront-Parteien abgegeben worden. Davon entfallen auf die Memelländische Landwirtpartei 24 101, auf die Memelländische Volkspartei 23 372 Stimmen, und auf die Sozialdemokratie 9993 Stimmen.

Die litauischen Parteien haben insgesamt nur 3677 Stimmen angesetzt; davon haben lediglich die verbundenen Listen der litauischen Bauern mit 2600 Stimmen Aussicht, einen Kandidaten zu erhalten. Die Kommunisten und die sonstigen kleinen Splitterparteien brachten 1692 Stimmen auf; sie werden keinen einzigen Kandidaten erhalten.

Die Kandidatenverteilung wird ungefähr das folgende Bild ergeben: insgesamt 28 Kandidaten der Einheitsfront, davon 12 Landwirte, 11 Volksparteiler und 5 Sozialdemokraten. Der letzte Sitz des Landtags wird den litauischen Bauern zufallen.

Die Bedeutung der Wahlen geht daraus hervor, daß wichtige Aufgaben, wie die Organisation und Verwaltung der Gemeinden und Kreise, Religionsfragen sowie die soziale Fürsorge und Steuerfragen, ausschließlich der Zölle, der Volksvertretung vorbehalten sind.

Der Dolchstoß-Prozess.

Die Vorbereitung der Revolution.

Im Münchener Dolchstoß-Prozess erwähnte der Zeuge Graf Lutzburg, zuletzt Major und Kommandeur des 10. Bayerischen Feldartillerie-Regiments, der für das erste Dolchstoßverbrechen Artikel über die Stimmung an der Front geschrieben hatte, aus eigener Erfahrung zwei Vorgänge, für die er heute noch die Belege in Händen habe. Der eine Vorgang ist vom 20. Oktober 1917, woraus erwiesen werden könne, daß schon damals bei Angehörigen der Armee stark gehetzt worden sei.

Der nächste Zeuge, Erzengel Hildenbrandt, Generalleutnant a. D., München, sagte u. a. aus: „In den letzten Monaten des Jahres 1918 machte sich die Einwirkung der Sozialdemokratie fühlbar, hauptsächlich dadurch, daß sozialdemokratische Agitatoren in den Werkbetrieben arbeiteten. In den Eisenbahnhütten wurden Leute getroffen, die gegen den Krieg heizten, die Frontkämpfer flau machten und Flugblätter verteilten.“

Die Wühlarbeit in Berlin.

Am Mittwoch wurde als erster Zeuge Oberst a. D. Mantel vernommen, der im Dolchstoßverbrechen, „Südbayerische Monatshefte“ einen Artikel „Aus Heimat-Landzeit“ geschrieben hatte. Der Zeuge führte u. a. aus: Im Juli 1918 wurde ich Chef des Generalstabes des selbst. Gardekorps in Berlin. Meine erste Frage bei der Übernahme des Amtes galt dem Zustand der Truppen. Als Antwort sprach mich Vorgänger schon damals starke Zweifel über die Güte der Truppen aus. Meine verschiedenen Beobachtungen führten mich dazu, eine Schrift herauszugeben, die unter dem Titel „Sedan-Schrift“ in 120 000 Exemplaren an die Soldaten ausgegeben wurde. In dieser Schrift wurde Aufklärung gegeben über den Ausbruch des Weltkrieges, seine Ursachen und über die Kriegsziele der Gegner. Meine innerste Überzeugung war, daß wir vergiftet worden sind, und daß das nicht erst eine Folgeerscheinung des Krieges war. Die Truppen selbst machten einen durchaus guten Eindruck. Der Prozentsatz der Desertionen stieg in der Folgezeit erschreckend. Das war Mitte 1918. In diese Zeit fällt auch, daß der Kriegsminister uns Material in die Hände gab, das auf die Revolution hindeutete.

Ende September 1918 wurde die Zahl der in Berlin sich aufhaltenden Fahnenflüchtigen vom Polizeipräsidium auf 40 bis 50 000 beziffert.

Am 3. November kam schon ein Offizier von einem der beiden Garderegiment-Bataillone zu mir und sagte: „Herr Oberst, sehen im Verzuge. Der Leutnant Walz hat seine Kompanie darauf bereidigt, daß sie im Falle einer Revolution ihm Gefolgschaft leisten sollte.“ Nach meinen Feststellungen war diese Bereidigung bereits drei Wochen vorher vorgenommen worden.“

Ich habe sofort den Leutnant Walz zur Rede stellen lassen, und es stellte sich heraus, daß er ein Verräter war, der sich nunmehr nach seiner Entdeckung bereit erklärte, die Sozialdemokratie zu vertreten. Nach Aussage des Leutnants Walz sollte die Revolution bereits am 6. November beginnen.

Auffallend war, daß sich im Jahre 1918 die Bereidigungsanträge zur Marine mehrten. Da uns bekannt war, daß die russische Revolution bei der Marine ihren Ausgang genommen hatte, wurden weitere Bereidigungen zur Marine unmöglich gemacht.

Die Zustände bei der Flotte.

Als nächster Zeuge wurde Vizeadmiral a. D. Trotha aufgerufen. Der Zeuge gab zunächst eine anschauliche Schilderung des hochgehenden Ausübungsstandes der Mannschaften auf den Kriegsschiffen vor dem Ausbruch der Revolution. Die Mannschaften stellten die lebendigste Bewirkung des Pflichtbewußtseins dar. Während des Krieges hatten sich die Verhältnisse notwendig verschlechtert. Die Schiffe waren nicht wohnlich. Selbst die Farbe mußte von dem Eisen abgedeckt werden, weil sich herausstellte, daß sie brennbar war. Hinausfahren konnte die Flotte kaum wegen der englischen. Was gut an Offizieren und Mannschaften war, wurde ans Herz abgegeben. Der Dienst wurde leichter. Die Mannschaften bekam mehr Zeit, konnte aber nur sundenweise ans Land.

Die enttäuschten Rheinländer.

Besprechungen beim Reichspräsidenten und beim Reichskanzler.

Eine Abordnung der in Berlin weilenden Rheinländer wurde am Mittwoch mittag vom Reichspräsidenten Hindenburg empfangen. Die Anregung zu diesem Empfang ist von Hindenburg selbst ausgegangen, der sich über die Verhältnisse im Rheinland und über die Wünsche der Rheinländer unmittelbar zu orientieren wünschte. Infolgedessen wählten die Rheinländer im Anschluß an die Besprechung bei dem Reichskanzler eine Abordnung, die den Auftrag zur persönlichen Information des Reichspräsidenten erhielt. Der Abordnung gehörten u. a. an: Geheimrat Louis Hagen, Justizrat Mönning, Prälat Kaas, Gewerkschaftssekretär Dr. Mayer, Geheimrat Zapf und Justizrat Hall. Oberbürgermeister Adenauer, der gleichfalls zur Teilnahme an der Abordnung ausersuchen war, ließ sich entschuldigen, da er sofort zurückreisen mußte.

Die Besprechung beim Reichskanzler.

Bei dem Empfang der Rheinländer beim Reichskanzler gaben der Reichskanzler und der Reichsminister des Auswärtigen eine Darlegung der Vertragsentwürfe von Locarno unter besonderer Berücksichtigung ihrer Rückwirkung auf die Rheinlandfragen. Hieran schloß sich ein längerer, eingehender Gedankenaustausch über die Sorgen und Forderungen der Bevölkerung des besetzten Gebiets.

Von Seiten der Vertreter des besetzten Gebiets wurde erneut zum Ausdruck gebracht, daß das Rheinland keinerlei Vorteile auf Kosten allgemeiner deutscher Interessen aufreite. Das Rheinland erbehe jedoch mit Nachdruck die Forderung, daß alsbald Maßnahmen der Besatzungsmächte in allen Zonen in Erscheinung treten, welche die in Locarno feierlich abgegebenen Erklärungen der Außenminister von Frankreich, England und Belgien folgerichtig in die Tat umsetzen.

Wie hierzu noch ergänzend gemeldet wird, wurde zu der großen politischen Frage, ob das Abkommen annehmbar oder nicht annehmbar sei, nicht Stellung genommen. Dagegen hatten die rheinischen Vertreter ausgiebige Gelegenheit, ihre Wünsche und Forderungen bezüglich des Rheinlandes und der Rückwirkungen des Paktes auf das Rheinland auszusprechen. Dabei kam die

lebhafteste Enttäuschung

allerseits zum Ausdruck, daß es nicht gelungen sei, in Locarno bindende Abmachungen über Erleichterungen für das besetzte Gebiet festzulegen, mit Ausnahme der immerhin nicht unwesentlichen Bestimmung, daß in Zukunft die Handhabung auch des Rheinlandabkommens unter der Schiedsgerichtsklausel des Paktes stehen soll.

Die Annahme des Paktes wird nach rheinischer Auffassung davon abhängen müssen, ob die von den fremden Staatsmännern in Aussicht gestellte einschneidende Auswirkung im Rheinland in den nächsten Wochen wirklich eintritt oder nicht.

RanKing gefallen.

Unabhängigkeitserklärung der chinesischen Zentralprovinzen.

In China ist sich die Lage von Tag zu Tag mehr zu. Aus RanKing wird gemeldet, daß die Behörde der Armee Tschangtsang dort am 19. d. M. eingezogen ist. Sie überschritt den Yang tsiang e. 20. in der Richtung auf Pulo. Der Bund der Zentralprovinzen, deren militärischer Führer Wankel ist, beabsichtigt, in Han zu eine unabhängige Verwaltung einzurichten.

Wenn den Wankeltruppen, die den Yang tsiang überschritten haben, haben, wird verlangt, 2 Kiang-Divisionen, die seit 1924 zu Tschangtsang gehören, gemindert und die achte Division überraschend angegriffen, einwaffnet und über den Fluß zurückgeführt. Die achte Division, deren Verlust gering sein sollen, zieht sich in nördlicher Richtung zurück.

Politische Rundschau.

Berlin, den 22. Oktober 1925.

Die Ministerpräsidenten über Locarno. Am Mittwoch traten die Ministerpräsidenten der Länder in der Reichsregierung zusammen, um Berichte des Reichskanzlers und des Reichsaussenministers über die Verhandlungen in Locarno entgegenzunehmen. Am Schluß der Sitzung wurde ein Bericht ausgegeben, in dem es u. a. heißt: Die Erklärungen sprachen den deutschen Delegierten für die im Interesse der Sicherung des Weltfriedens und der Verständigung der Völker in Locarno getätigten Arbeiten ihren Dank aus, gaben dabei jedoch übereinstimmend den Ueberzeugung Ausdruck, daß das Vertragswerk erst dann als endgültig abgeschlossen angesehen werden könne, wenn, insbesondere in den besetzten Gebieten, Maßnahmen erfolgen, die dem veränderten Geist des Friedens entsprechen und den berechtigten Erwartungen des deutschen Volkes Rechnung tragen.

Die deutsch-französischen Wirtschaftsverhandlungen. Die französischen Gegenentwürfe auf die letzten deutschen Vorschläge über die deutsch-französischen Handelsvertragsverhandlungen sind am Mittwoch nach Berlin abgegangen worden. Wie der französische Handelsminister Chaumet Pressevertretern erklärte, erwartet man die Rückkehr der deutschen Handelsvertragsdelegation zur Wiederaufnahme der Verhandlungen.

Die preussischen Finanzen.

Berlin, den 21. Oktober 1925.

Finanzminister Höpfer-Kloss über die Finanzlage. Bei der ersten Beratung des preussischen Ausführungsrates zum Finanzanschlag hielt Finanzminister Höpfer-Kloss eine längere Rede über die Finanzlage. Er erklärte, daß im Jahre 1924 die Ueberweisung des Reiches an den Staat allein die Vorausschläge um 110 Millionen, das Aufkommen der preussischen Steuern die Vorausschläge um 80 Millionen überließen habe. Auf diese Mehreinnahme sei er im Vorjahre erzielte Ueberfluß von 220 Millionen vor allem zurückzuführen. Im Reichde seien die Ueberflüsse noch größer gewesen als in Preußen.

Die Minister über die Ueberflüsse über die laufenden Einnahmen und Ausgaben über die Darlehen im Beamtenausgleich. Das Staatsministerium hatte ihn ermächtigt, die Ueberflüsse zu erklären, daß das Besoldungsüberschuss und die im wesentlichen auf den ungünstigen Finanzanschlag zurückzuführende mäßige Lage der preussischen Finanzen es unmöglich machen, die in den kommunikativen Anträgen erhobenen Forderungen zu erfüllen. Er betonte im Anschluß hieran die Notwendigkeit äußerster Sparsamkeit.

Nach kurzer Aussprache wurde die Vorlage zum Finanzanschlag dem Hauptauschuss übergeben.

Die zweite Beratung der Justizhaushalts Vorlage. Die zweite Beratung der Justizhaushalts Vorlage über die Aufhebung des Besoldungsrechts durch den Amtsgerichtsrat v. Seubert erklärte der Staatssekretär Frick, daß der Generalfinanzrat in der Sache abgewiesen worden sei, ein Disziplinerverfahren gegen den Richter einzuleiten, dieses aber von den zuständigen Instanzen abgewiesen worden sei. — In der Vorlesung einer Abg. Justizrat Dr. Kämmerer über die Verletzung des Rechte der Justizverwaltung, daß diese Verletzung aus dem dienstlichen Gründen zur Beförderung eines unrichtig gewordenen Zustandes erfolgt sei. (Fort, folgt)

Die zweite Beratung der preussischen Justizministerium Vorlage über die Beförderung eines Disziplinerverfahrens nicht abgelehnt werden konnte, weil ein solches gegen Kroner gar nicht möglich sei.

In der weiteren Aussprache werden dann wieder zahlreiche Einzelfragen und Beschwerden vorgebracht.

Rundschau im Auslande.

Bei der Beratung des Finanzministeriumsplans des polnischen Ministerpräsidenten Grabitz im Sejm brachte Parlamenten ein.

Die Meldung von der beabsichtigten Zusammenkunft der polnischen Ministerpräsidenten Grabitz im Sejm brachte Parlamenten ein.

Die italienische Schuldendelegation hat am Mittwoch unter Führung des Finanzministers Volpi die Reise nach Amerika angetreten.

Der italienische Senat wird am 11. November, treten. In der Eröffnungssitzung wird der Kronprinz den Eidswur als Senator leisten.

Ein griechisch-bulgarischer Grenz Zwischenfall.

Nach amtlichen Meldungen aus Athen griffen Bulgaren über den griechischen Posten bei Welos an und töteten einen Wachposten. Ein griechischer Hauptmann näherte, wurde gleichfalls von den Bulgaren getötet. Die Kämpfe nahmen darauf in diesem Abschnitt allmählich form an und dauerten bis zum Mittag. Die Bulgaren besetzten einige Höhen.

Verstärkungen für Syrien angefordert.

Nach einer Vorabmeldung aus Beirut ist der Aufbruch, beendet. Die Führer der Aufständischen haben sich unterworfen; sie haben eingewilligt, eine hohe Summe zu zahlen und mehrere tausend Gewehre zu übergeben. Die

Einflussreichen hatten in den Quartieren der Wohnbevölkerung die Franzosen mit Waffengewalt die Lage trotz Vorgehen. Nach anderen Meldungen ist die Lage trotz Vorgehen. Nach anderen Meldungen ist die Lage trotz Vorgehen. Nach anderen Meldungen ist die Lage trotz Vorgehen.

Die französischen Interessen in Syrien.

Der Warenumsatz im letzten Geschäftsjahr betrug:

Einfuhr nach Syrien:		Ausfuhr aus Syrien:	
England	139,375,411 Fr.	Türkei	76,499,653 Fr.
Frankreich	113,679,527 "	Palästina	55,520,456 "
Türkei	35,214,800 "	Frankreich	52,528,092 "
Aegypten	20,136,370 "	Aegypten	41,531,121 "
Belgien	15,410,254 "	England	37,624,787 "

Schlussdienst.

Vertragsverfahren gegen Carlowitz. Berlin, 22. Oktober. Im Prozeß der Landespfandbriefanleihe ist eine neue Wendung eingetreten. Nach Mitteilung des Vorsitzenden, Landgerichtsdirektors Lehmann, ist nunmehr ein Eröffnungsbeschluß gegen Hans Carl v. Carlowitz ergangen, in einer Strafsache, in der er hinsichtlich verdächtig erscheint, das Vermögen der Bureauhaus-Börse-V.G. geschädigt zu haben. Es handelt sich dabei um ein beabsichtigtes, aber nicht zur Vollendung gelangtes Vergehen des Betruges, und zwar insoweit, als der Angeklagte v. Carlowitz versucht hat, zehn Wechsel zu je 50 000 Mark vom Bureauhaus Börse für seine Zwecke unterzubringen, obwohl diese Wechsel nicht vorchriftsmäßig unterzeichnet waren.

Zwei Tote bei einem Explosionsunglück. Walsrode (Hannover), 22. Oktober. Vier von den neun Aufarbeitern der Abteilung Holzmoor der Schwapphölzerfabrik Romitz gegen drei Arbeiter getötet wurden, die sich bei einem Explosionsunglück in der Fabrik getötet haben.

Verhaftung der Gräfin Bothmer. Berlin, 22. Oktober. Da es die Gräfin Bothmer unternommen hatte, in ihrem Prozeß als Zeugin auftretende Personen zu beeinflussen, ist jetzt auf Veranlassung der Potsdamer Staatsanwaltschaft ihre Verhaftung erfolgt. Die Verhandlung gegen sie wurde auf den 5. November anberaumt.

Handelsteil.

Am Devisenmarkt lag das englische Pfund schwächer. Der Pariser Franken zeigte erhebliche Schwankungen. Am Effektenmarkt war die Haltung fest. Die vorstehende Freigabe des deutschen Eigentums in Amerika am Markt war sehr ruhig. Am Produktmarkt war das Geschäft abermals Bedarf ausreichend. Daher, auch keine Bar, stand bei ungenügender Freigabe genügt zur Verfügung. Für demgemäß. Getreide füll. Kleie und andere Bedarfsstoffe Devisenmarkt.

Warenmarkt.

Mittagsbörse. (Ansch.) Getreide und Mehlwaren bei 1000 Kilo, sonst per 100 Kilo in Reichsmark ab Station: Weizen März, 212-215 am 20. 10. 212-215. Roggen März, 147-151 (147-151). Sommergerste 205-228 (206 174-186 (176-186). Weizenmehl 27-31 (27-31). Roggenmehl 21,75-24 (21,75-24). Weizenkleie 11 (11). Hafer (26-31). Kleine Speiseerbsen 28-28 (28-28). Futtererbsen 15,20-15,40 (15-15,20). Weizenroggen 22,20-22,40 (22,20-22,40). Erbsenmehl 8,60-8,70 (8,70-8,80). Sojabohnen 9,60 (9,50-9,60). Kartoffelflocken 14-14,40 (14,20 bis 14,50).

Schlachtviehmarkt.

Amtlicher Bericht vom 21. Oktober. Auftrieb: 2112 Rinder (darunter 409 Bullen) 626 Ochsen, 1074 Kühe und Färsen, 2150 Kälber, 6795 Schafe, 9224 Schweine, 60 Ziegen, 635 ausländische Schweine. Preise für 1 Rind Lebendgewicht in Reichsmark: Rindfleisch, ausgewässert im Alter von 4-7 Jahren, 43-46; jüngere und gut ausgewässert 38-40, 4. mäßig ausgewässert 36-40, 5. mäßig ausgewässert 34-40, 6. mäßig ausgewässert 32-34, 7. mäßig ausgewässert 30-32, 8. mäßig ausgewässert 28-30, 9. mäßig ausgewässert 26-28, 10. mäßig ausgewässert 24-26, 11. mäßig ausgewässert 22-24, 12. mäßig ausgewässert 20-22, 13. mäßig ausgewässert 18-20, 14. mäßig ausgewässert 16-18, 15. mäßig ausgewässert 14-16, 16. mäßig ausgewässert 12-14, 17. mäßig ausgewässert 10-12, 18. mäßig ausgewässert 8-10, 19. mäßig ausgewässert 6-8, 20. mäßig ausgewässert 4-6, 21. mäßig ausgewässert 2-4, 22. mäßig ausgewässert 0-2, 23. mäßig ausgewässert 0-2, 24. mäßig ausgewässert 0-2, 25. mäßig ausgewässert 0-2, 26. mäßig ausgewässert 0-2, 27. mäßig ausgewässert 0-2, 28. mäßig ausgewässert 0-2, 29. mäßig ausgewässert 0-2, 30. mäßig ausgewässert 0-2.

Schafe: 1. Stallmaulammer und jüngere Maalmer bis 50, 2. ältere Hammel und gut genährte Maalmer 32-40, 3. mäßig genährte Hammel und Zucht Maalmer 24-28. Schweine: 1. fetts, über 3 Jentner Lebendgewicht 2. vollfleischige von 210-300 Pfund 92-94, 3. mäßig 200-210 Pfund 88-91, 4. vollf. von 160-200 Pfund 84-87, 5. vollf. von 120-160 Pfund 81-83, 6. ungenügend 78-82. Regen: 26-28. Maalmerverkauf: Rinder und Kälber rubis, edel, ungenügend, bleibt Ueberfland. Schweine all.

lokales.

Gedenktage für den 23. Oktober. 1801 * Der Komponist Albert Döring in Berlin † 1851 * 1918 Die Bulgaren erobern Konstantinopel 1918 Italienische Gegenoffensive in Benetien. Sonne: Aufgang 6,36, Untergang 4,52. Mond: Aufgang 12,59, Untergang 9,10.

Ein Laie darf sich nicht „Homöopath“ nennen. Für Preußen ist jetzt durch Kammergerichtsentscheidung endgültig bestimmt worden, daß der Titel „Laie“ als ärztlich zu betrachten ist. Es darf also kein Laie diesen Titel zuliegen.

Der Apfel.

Ein alter Bauernspruch sagt: „Im Oktober mag jeder Apfel in seinen Saft“, mit anderen Worten: mag reifigt auch die Apfelsorte ihrem Ende zu. Jetzt schmecken sie wieder unsere Tafel, die witzigen Goldapfel, wie sie alle heißen, die den Stolz und die Freude der Wirtschaft bilden, in der man noch das wahre Apfelfleisch im Munde mit dem Angenehmen und Wohlwollenden zu schmecken mag. Denn trotz Trauben und Wein, wir heute fast um ein Spitzel haben können, bleibt ein Apfel eben ein Apfel, unerschöpflich sowohl in seinen vorzüglichsten Eigenschaften, die ihn als Magen- und Verdauungsmittel geradezu ideal erscheinen lassen.

Der Apfel bedeutet für die Volkswirtschaft einen ganz bedeutenden Faktor und angeht die Tafel, die wir noch lange nicht so viel Obst, vor allem Äpfel, erbaue, um unseren Bedarf selbst decken zu können, wäre zu wünschen, daß der alte Spruch mehr beachtet würde: Auf jeden Baum Pfanz' einen Baum Und pflege sein — Er bringt dir's ein.

Aus Stadt und Land.

Unter den Mätern des B-Zuges. In der Nähe des Bergbahnhofs Berlin-Tempelhof wurden zwei Arbeiter, die sich von der Kolonne entfernt hatten, von dem B-Zug Berlin-Halle angefahren. Der eine wurde dabei so erheblich verletzt, daß er auf dem Transport zum Krankenhaus verstarb. Der Zustand des zweiten Arbeiters ist sehr bedenklich. Wie die Untersuchung ergeben hat, muß das Unglück lediglich der Unachtsamkeit der beiden Arbeiter zugeschrieben werden.

Brandstiftung aus Verärgerung. In einem Bootschuppen in Nischelsberge bei Berlin brach vor kurzer Zeit ein größeres Feuer aus. Ein dort beschäftigter 19-jähriger Arbeiter hat sich auf Grund eines schwer belastenden Materials nunmehr zu dem Geständnis bequemt, daß er selber das Feuer angelegt hat. Der Grund dazu sei Verärgerung gewesen, weil ihm ein besonderer Urlaubstag abgelehnt wurde.

Ein außerordentliches Erlebnis hatte ein Fischer entlang ging, sah er in der Dunkelheit am Strande einen Mann im Wasser liegen. Mit einem vorher gefüllten Korb an Land zu bringen. Plötzlich aber sprang der Fischer mit aller Wucht ein und zu seinem Entsetzen ergab es sich, daß er einen — See Löwen erfangen hatte.

Mein Schatz ist in Doolien. Vor kurzem traf, wie man aus Königsberg meldet, bei einem kleinen ostpreussischen Postamt ein Brief folgenden Inhalts: Mein Schatz, der Karl Kaludrigkeit, ist ins Ausland, nach Doolien, möchte ihn gern schreiben, aber ich finde ihn nicht. Bitte gib Dir Mühe, damit Du meinen Brief. Wenn Du ihn gefunden hast, gib ihm meine Belohnung. Es grüßt Marveiden K. — Nach mehrfachen fruchtlosen Versuchen ist es der Post tatsächlich nicht gelungen, schließlich auf vielen Umwegen den sehr wertvollen Schatz in dem malerischen Städtchen ausfindig in der Gegend des — Schwarzen Meeres frechtig zu machen, wo er in einem Hotel als Hausbesitzer Schatz, der Karl Kaludrigkeit, ihm herlich mitteilt, daß er nach Deutschland zurückkehren und mit „Marveiden“ den Bund fürs Leben beschließen will.

Im Hund ans dem Zuchthaus entwichen. Trotz ist es bis heute noch nicht gelungen, einen der gefährlichsten Verbrecher, den 25-jährigen Arbeiter Paul Götz in der Nacht zum 31. August d. J. aus dem dortigen Zuchthaus auszubringen. Götz, der bis jetzt bereits zu 12 Jahren Zuchthausstrafe verurteilt worden ist, gehörte zuletzt der gefährlichen Wittner-Bande an, die im Januar des verflohenen Jahres bei einem unglücklichem Versuch auf ein Postamt gesprengt und schließlich abgefangen werden konnte. Trotzdem man Götz fortzunahm, jedoch ihm nur das Hemd auf dem schmale Kerkerfenster hindurchwängte und an der seine Erregung wurden jetzt 3000 Mark Belohnung ausgesetzt.

Angelagte, Redakteur G r u b e r, das Wort. Er stellte sich sachlich vollständig auf den Boden seiner Artikel; er habe sie zur Abwehr verdammerlicher Angriffe geschrieben. Für den Kläger habe es sich nicht um die wissenschaftliche Erforschung der Wahrheit, sondern um parteipolitische Hetze gegen die Sozialdemokratie gehandelt. Die besondere Schärfe des zweiten Dolchstoßes sei aus Drängen der alldeutschen, völkischen Gruppen zurückzuführen.

Professor Hofmann über den Dolchstoß.
Im weiteren Verlauf der Verhandlungen legte Professor Hofmann eingehend die Fassung der Süddeutschen Monatshefte dar, die nie unter der Schablone einer Partei oder Richtung gehalten hätten. Es habe wohl keine Zeitschrift in ganz Deutschland gegeben, in der Vertreter aller Richtungen so zu Worte kommen. Hofmann ging dann auf die Fassung des deutschen Volkes während der Kriegszeit ein und führte folgendes aus: „Wir erinnern uns, wie die Willensstellung im deutschen Volke im Herbst 1918 gewesen ist. Wir erinnern daran, wie in den Städten von Kriegen als Schwindel gesprochen wurde. Man hörte Ansichten, die dahin gingen, daß es nicht wahr sei, was anfangs von allen geglaubt wurde, daß die andern am Kriege schuld seien. Man hörte sogar die verbreitete Ansicht, daß die Franzosen es gar nicht so schlimm mit uns meinten, uhm. Während der Gegner das Gefühl hatte, für ein hohes, geistiges Ziel zu kämpfen, hatte das deutsche Volk dieses Gefühl wohl in den ersten Zeiten des Krieges gehabt. Später hat es den Glauben verloren. Das ist auch der Grund, weshalb die Erforschung dieser Dinge eine besondere Bedeutung für die Zukunft hat. Ich wünschte, aus diesem Prozeß mit der Erkenntnis herausgehen zu können, daß wir in unseren Veröffentlichungen maßlos übertrieben haben. Wir haben aber über diese Dinge leider ein Material, wie es wohl sonst nicht leicht zusammen gekommen ist. Wir werden das Material einem parlamentarischen Untersuchungsausschuß zur Verfügung stellen.“

Die Zeugenvernehmung.

Als erster Zeuge wurde Major a. D. Karl von Roder aus Berlin vernommen, der Auskunft geben soll über die Wühlarbeit hinter der Front. Der Zeuge führte u. a. aus: In der Wühlarbeit hinter der Front sind zwei verschiedene Tätigkeiten zu unterscheiden: Einmal die Tätigkeit des Feindbundes, die sehr gut organisiert war, und ferner die Tätigkeit der Deutschen im Ausland, die ein Interesse daran hatten, daß die deutsche Arme nicht den Sieg davontrug. Nach Schilderung der feindlichen Propagandatätigkeit im Kriege, die größtenteils über das neutrale Ausland ihren Weg nach Deutschland fand, fuhr der Zeuge fort:

Froher hätte die feindliche Propaganda nicht so wirksam sein können, wenn nicht in Deutschland selber bereit gewesen wären, diese Tätigkeit zu unterstützen. Diese Helfer sind zu finden in den damaligen radikalen Gruppen der Sozialdemokratie, dem Spartakus-Bund und der U. S. R. Wir haben festgestellt, daß alle diese Machenschaften von demselben

...den Bureau ausgingen, dessen Hauptleitung in London und Paris war.

Die feindliche Propagandatätigkeit fand eine starke Unterstützung in deutschen Kreisen, namentlich in der radikalen Sozialdemokratie. Briefen und Notizen kann ich heute nicht mehr nennen. Ich weiß aber positiv, daß eine Menge von Adressenmaterial vorhanden war.

Eine Wendung in der Wühlarbeit und Agitation trat ein nach Beendigung des Krieges mit Deutschland. Es war geradezu angefallen, wie die Wühlarbeit und Agitation seit dem Frieden von West- und Ostpreußen zunahm. Die Flug- und Heftblätter wurden in unzähligen Exemplaren verbreitet. Es hat sich dann erwiesen, daß all dieses Material aus Ausland gekommen ist.

Das Schiedsgerichtsverfahren.

Der Inhalt der Schiedsgerichtsverträge.

Die Schiedsgerichtsverträge, die dem Schlußprotokoll von Locarno als Anlagen beigelegt sind, nämlich der deutsch-belgische, der deutsch-französische, der deutsch-niederländische und der deutsch-polnische, bestimmen daß alle nicht auf gewöhnlichen diplomatischen Weg zuzüglich zu regelnden Streitfragen einem Schiedsgericht oder dem ständigen Internationalen Gerichtshof zur Entscheidung unterbreitet werden sollen. Der Artikel 1 betont, daß der Vertrag keine Anwendung auf Streitfragen findet, die aus vor dem Abkommen liegenden Tatsachen entstehend sind. Vor jedem Schiedsgerichtsverfahren und vor Anrufung des Internationalen Gerichtshofes kann nach Artikel 2 jede Streitfrage einer ständigen

Vergleichskommission

unterbreitet werden. Diese besteht aus fünf Mitgliedern, von denen je eins den beiden vertragsschließenden Mächten, die drei übrigen unter gegenseitigem Einverständnis aus Staatsangehörigen dritter verschiedener Mächte gewählt werden. Den Vorsitzenden wählen die vertragsschließenden Mächte selbst.

Die ständige Vergleichskommission wird in den ersten drei Monaten nach Inkrafttreten des Abkommens gebildet und kann auf Antrag beider oder auch eines der Vertragsschließenden in Tätigkeit treten. Ihr liegt die Klärung der streitigen Fragen ob, und sie hat das Recht, alles geeignete Material auf dem Wege der Untersuchung oder sonstige zu sammeln, um einen Vergleich zwischen den Parteien zu ermöglichen. Sie schließt ihre Arbeiten mit einem Protokoll ab, das den Vergleich oder den Mißerfolg feststellt. Als Arbeitszeit sind der Kommission für die Behandlung jeden Falles sechs Monate zugewiesen. Sie hat ihre eigene Geschäftsordnung. Der Tagungsort wird durch den Vorsitzenden bestimmt. Die Arbeiten werden nur nach Zustimmung der Parteien veröffentlicht.

Bei einem Mißerfolg gelangt die Frage dann zum ständigen Internationalen Gerichtshof, oder zu einem Schiedsgericht auf Grund des Haager Abkommens von 1907. Alle nicht im Artikel 1 bezeichneten Krauen

können der ständigen Vergleichskommission unterbreitet werden. Findet dort keine Einigung statt, so gelangen sie gemäß Artikel 15 vor den Völkerbund.

Bei dem deutsch-belgischen und dem deutsch-französischen Schiedsgerichtsvertrag treten zu ihrem Inhalt noch zwei weitere Artikel und ein Präambel, in der, wie in der Präambel des deutsch-niederländischen und des deutsch-polnischen, der Wunsch betont wird, etwa entstehende Streitfragen friedlich zu regeln. Von den beiden Zusatzprotokollen stimmt der erste (Artikel 21), daß die Mächte die aus dem Vertrag resultierenden Pflichten, die aus der Mitgliedschaft zum Völkerbund entstehenden, durch den Vertrag nicht berührt werden, der zweite (Artikel 22) bezieht sich auf die Pflichten

Der Fall Höfle.

Die Aussprache über den Ausschußbericht.

Berlin, den 20. Oktober 1925.
In der heute fortgesetzten Aussprache über den Ausschußbericht nahm die Verpredung des Falles Höfle einen

Abg. Kuntze (Soz.) hält die Beschlässe des Ausschusses für sachlich richtig, wenn sie auch nicht den unmittelbaren Kern des Falles trifft. Er hat sich

Abg. Dr. Boehm (D. Vp.) befreit, daß parteipolitische Einstellungen mit dem Schicksal Dr. Höfles etwas zu tun haben. Der Ausschußantrag stelle ein Kompromiß dar, den die Parteien eines solchen habe. Nachgewiesen sei, daß der Tod Höfles durch Einnahme von Schlafmitteln herbeigeführt sei, nicht nachgewiesen sei eine Selbstvergiftung. Nachgewiesen sei auch die Mitwirkung mit Schlafmitteln im Gefängnis-Dazarett.

Abg. Grottel (Komm.) führte Beschwerde über die Behandlung von Kommunisten im Untersuchungsausschuß an der Verhandlung Dr. Höfles im Jahre 1924. Er habe die Absicht, auf dem Wege der Untersuchungsausschüsse die Verhältnisse der Staatsanwaltschaft und der Gefängnisverwaltung gegen Dr. Höfle.

Abg. Dr. Ködner (Dsch.-Bölk.) meint, Höfle sei nicht schlechter behandelt worden als andere Untersuchungsausschüsse.

Abg. Quack-Padern (Dsch.) betonte, daß man nicht antwortlich machen könne, denn die am meisten davon Beteiligten seien Zentrumsangehörige gewesen. Die im Falle Höfle vorgekommenen Fehler und Härten seien teilweise einer zu großen Strenge der Beamten entnommen.

Abg. Weiser (Ztr.) behauptete, der sogenannte heimliche des Hofschäfters sei zwar durch Mithras dem Sinne nach leider notwendig geworden, aber den Juristen und Juristen falsch ausgelegt. Die Frage, ob die Anordnungen hätte gerettet werden können, müsse unbedingt beachtet werden.

Abg. Dr. Kriege (D. Vp.) bedauerte, daß der Ausschuss nicht den Standpunkt der Deutschen Hofschäfters, daß Abgeordnete, die als Zeugen in einem Untersuchungsausschuß vernommen werden, nicht gleichmäßig Mitglieder des Ausschusses sein können. Man habe beachtet, daß die Zeugen leicht zu Angeklagten werden. Die Anträge gegen die Justizbehörden weist der Redner zurück. Nach weiteren Ausführungen des Abg. Niedel schließt die Aussprache und das Haus vertagt sich.

Statt Karten.

Die **VERLOBUNG** unserer Tochter **Elisabeth** mit dem Landwirt **Herrn LOTHAR METZ** beehren wir uns anzuzeigen.

Fabrikbesitzer
Louis Salzmann u. Frau
Helene, geb. Meurer

Spangenberg, 22. Okt. 1925

Meine **VERLOBUNG** mit **Fräulein ELISABETH SALZMANN**, Tochter des Fabrikbesitzers **Herrn Louis Salzmann** und seiner Frau **Gemahlin, Helene geb. Meurer**, beehre ich mich anzuzeigen.

Lothar Metz

Zennern, 22. Okt. 1925

Turner
-Jacken
-Kosen
Louis Dietrichs
Cassel

Mehrere
Fuder Mist
abzugeben.
Oberförster Wallmann.
Mehrere Zentner prima
Winterobst
gibt noch preiswert ab.
Alfred Brauns.

Danksagung.

Für die uns beim Heimgange unserer lieben Entschlafenen in so reichem Maß zugegangenen Kranzpenden, sagen wir auf diesem Wege allen unseren herzlichsten Dank. Besonders dank Herrn Kreisfarrer Schmitt für seine trostreichen Worte im Hause und am Grabe.

Heinrich Schmol

Im Namen aller trauernden Hinterbliebenen.

Original Dürfopp-Herren- u. Damen-Fahrräder



in großer Auswahl
General-Vertretung Niederlage
Richard Mohr, Spangenberg.

Auslegung einer Wählerliste.

Die Wählerliste für die Neuwahlen zu dem Kommunalparlament und dem Kreisrat liegt von Sonnabend, den 24. 10. bis einschließl. Sonnabend, den 7. 11. 1925 und zwar an den Werktagen von 8 Uhr vormittags bis 12 Uhr mittags auf dem Bürgermeisteramt (Stadtschreiberamt) zu jedermanns Einsicht aus.

Jeder Wahlberechtigte, der die Wählerliste für unrichtig oder unvollständig hält, kann dies zum Ablauf der Auslegungsfrist bei uns schriftlich anzeigen oder zur Niederschrift geben. (Einpruch erheben.) Soweit die Richtigkeit seiner Behauptungen nicht offenkundig ist, hat er für sie Beweismittel beizubringen.

Insbesondere werden auch die Wähler, die bei der letzten Wahl nicht in die Wählerliste eingetragen waren, auf Verlangen hingewiesen.

Spangenberg, den 21. Oktober 1925.

Der Magistrat
Schier.

Todes-Anzeige

Heute morgen um 10 Uhr entschlief sanft nach kurzem Leiden meine Schwiegermutter, Ww.

Anna Elisabeth Rohde

im Alter von 87 Jahren. Dies zeigt mit der Bitte um stille Teilnahme an.

Ww. Anna Rohde
geb. Richter.

Spangenberg, 22. Okt. 1925

Die Beerdigung findet Sonntag, den 25. ds. Mts nachm. 3 Uhr statt.

Konsum-Verein Messungen u. Umgegend
S. m. b. S.

Sonnabend den 24. Oktober abends 8 1/2 Uhr
Mitgliederversammlung

im Gasthaus zur Traube in Spangenberg. Wegen der äußerst wichtigen Tagesordnung ist das Erscheinen sämtlicher Mitglieder erforderlich.

Der Vorstand.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme, bei dem Hinscheiden unseres lieben, Entschlafenen, für die vielen Kranzpenden, besonders für die trostreichen Worte des Herrn Kreisfarrer Schmitt, sagen wir allen unseren herzlichsten Dank.

Frau Ww. Siebert
und Kinder



Habe heute Donnerstag den 22. u. Freitag den 23. Okt. einen großen Transport erhaltlicher

Ferkel u. Läufer Schweine zu bedeutend herabgesetzten Preisen abzugeben.

S. Rehr,
Eibersdorf.

Zwangsversteigerung.

Freitag, den 23. 10.
25 nachm. 3 Uhr werde ich an Ort und Stelle ein braunes Pferd meistbietend gegen gleich bare Zahlung versteigern.

Zusammenkunft der Kaufinteressenten nachm. 3/4 Uhr im Ratshaus.

Gerhard, Obergerichtsv.

Inserieren bringt Gewinn!

3339